



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 13.01.2023 bis 20.01.2023

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afrika: Radikaler Islam wird immer mehr zur Gefahr für Christen	3
Äthiopien: Unruhen in der Region Oromia	4
China: Weltweit gibt es rund 550 chinesische Konfuzius-Institute	5
Deutschland: Christenverfolgung wird in den Medien zu wenig thematisiert	8
Deutschland: Theologe wird Antisemitismus-Beauftragter	9
Großbritannien: Festnahme nach Schüssen auf Kirchenbesucher in London	10
Indien: Hunderte von Christen obdachlos	11
Indien: Wiederholt schwere Angriffe auf Christen in Chhattisgarh	12
Iran: Exiliraner und -Afghanen bitten um Fürbitte für ihre Länder	13
Israel: Friedhofsschändung in Jerusalem	14
Israel: Hamas veröffentlicht Video von israelischer Geisel	15
Israel: Zahl der Christen gestiegen	16
Kasachstan: Szene im Wandel	17
Kongo: 17 Tote bei Bombenanschlag auf eine Kirche	18
Kongo: Sie wollen alle "Ungläubigen" töten	19
Myanmar: Fünf Tote bei Angriff auf Kirche	21
Myanmar: Katholische Marienkirche bei Brandanschlag verwüstet	22
Nigeria: Brand im Kleinen Seminar in Kateri	23
Nigeria: Pastor ermordet	24
Pakistan: UNO Sonderberichterstatter verlangen Ende der Zwangsbekehrungen und Zwangsverheiratungen	25
Peru: Über 50 Tote bei Ausschreitungen	27
Sri Lanka: Oberstes Gericht verurteilt Präsident Sirisena	28
Thailand: International Hmong Center eingeweiht	29
Ukraine: Kirchen büßen an Vertrauen ein	30
Ukraine: ÖRK-Generalsekretär verurteilt Angriffe auf Zivilisten	31
USA: OD-USA spaltet sich von Open Doors International ab	32
Weltweit: Weltverfolgungsindex von Open Doors 2023	34
Weltweit: Zum Weltverfolgungsindex - Gewalt gegen Christen auf dem Höchststand	35

Afrika: Radikaler Islam wird immer mehr zur Gefahr für Christen

Hilfsorganisation nimmt vier afrikanische Länder in ihren Gebetsleitfaden 2023 auf

Washington (IDEA) – Die international tätige Hilfsorganisation für verfolgte Christen „The Voice of the Martyrs“ (VOM/Die Stimme der Märtyrer – in Deutschland „Hilfsaktion Märtyrerkirche“) hat vier afrikanische Länder in ihren Gebetsleitfaden für 2023 aufgenommen. Das berichtet die Internetplattform Christian Post (Washington). Bei den Staaten handelt es sich um Benin, die Demokratische Republik Kongo, Mosambik und Niger. In dem Gebetsleitfaden sind 64 Länder aufgelistet – von Afghanistan bis Yemen (deutsche Schreibweise: Jemen) –, in denen Christen angefeindet werden. „Die anhaltende Ausbreitung des radikalen Islam auf dem afrikanischen Kontinent erhöht die tägliche Gefahr unsere christlichen Brüder und Schwestern dort, erklärte der VOM-Sprecher in den USA, Todd Nettleton. Nach seinen Worten bitten die verfolgten Christen vor allem darum, dass Christen in freien Ländern für sie beten. Der Organisation zufolge stehen im Kongo (Zentralafrika) die Kirchen in den östlichen Landesteilen „unter enormem Druck“. Islamistische Gruppen überfielen Dörfer, zerstörten Kirchen und töteten Christen. Im Blick auf Mosambik (Südostafrika) heißt es, islamische Extremisten hätten eine Krise in der Küstenprovinz Cabo Delgado ausgenutzt. 2017 habe ein Bürgerkrieg um das Gebiet begonnen, das reich an Gas, Rubinen, Graphit, Gold und anderen Bodenschätzen sei. Im westafrikanischen Niger griffen radikale Islamisten aus den umliegenden Ländern, darunter Mali, Burkina Faso und Nigeria, immer häufiger Christen im Land an. In Benin (Westafrika) habe die dschihadistische Gewalt in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zugenommen, heißt es unter Verweis auf die Organisation International Christian Concern (Washington).

Äthiopien: Unruhen in der Region Oromia

Nach Unterzeichnung des Friedensabkommens in Tigray

Adigrat (Fides) - "Wir beten für die erfolgreiche Umsetzung des Friedensabkommens. Es ist noch nicht vorbei, viele unserer Gläubigen und unsere Gemeinden werden immer noch von ausländischen Kräften belagert", berichtet der Erzbischof der katholischen Eparchie von Adigrat, Tesfaselassie Medhin.

Den wenigen zur Verfügung stehenden Berichten zufolge soll sich die Lage in der nördlichen Konfliktregion Tigray nach der Unterzeichnung des in Südafrika zwischen der Regierung in Addis Abeba und den separatistischen Organisationen in der Region erzielten Friedensabkommens Anfang November vergangenen Jahres beruhigt haben. "Dennoch", so der Erzbischof weiter, "leidet die gesamte Bevölkerung unter den Folgen der langen Belagerung und Blockade der Grundversorgung, die nun schon mehr als zwei Jahre andauert. Es herrscht hier weiterhin in eine 'Hölle auf Erden'".

Unterdessen wurden trotz des Waffenstillstands die mit Äthiopien verbündeten eritreischen Truppen nicht abgezogen. Es handelt sich um die am meisten vergessene humanitäre Krise der Welt. Nach Angaben von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Tigray, sollen die eritreischen Streitkräfte auch nach der Unterzeichnung des Abkommens vom November weiterhin Zivilisten getötet haben.

Durch den Konflikt in der Region Tigray ist ein Sicherheitsvakuum entstanden, das es den Rebellen der Oromo-Befreiungsarmee (Oromo Liberation Army, OLA) ermöglicht hat, einen anderen jahrhundertealten Konflikt weiter südlich in der Region Oromia zu eskalieren, die sich damit zur instabilsten Region Äthiopiens entwickelt hat.

Nach Angaben der UN-Agentur für die Koordinierung der humanitären Hilfe (OCHA) verschlechtert sich die Lage in der Region rapide, Hunderttausende von Zivilisten mussten fliehen. Vertreter des Oromo-Volkes in den Reihen der Regierungspartei bitten deshalb in einem Schreiben an den in Regierungschef Abiy und den Parlamentssprecher, um Verhandlungen für ein Friedensabkommen nach dem Vorbild der Region Tigray.

"Die Regierung versucht hier seit drei bis vier Jahren, die Rebellengruppe durch Militäroperationen zu besiegen, und es gibt immer noch keine Lösung", so der Vertreter eines Wahlkreises in der Region East Wollega in Oromia. "Deshalb brauchen wir einen neuen Plan. Wir fordern ein Friedensabkommen, das von einer dritten Partei wie der Afrikanischen Union vermittelt wird".

Die Gewalt breitet sich vor allem in ländlichen Gebieten unweit der Hauptstadt Addis Abeba aus, und der Konflikt erfasst die gesamte Region Oromia, die größte Region Äthiopiens. Einer lokalen Quelle zufolge wurden zwischen dem 15. Oktober und dem 10. Dezember 2022 mehr als 80.000 Menschen vertrieben.

Die Wurzeln dieses Konflikts reichen bis ins späte 19. Jahrhundert zurück, als Oromia erobert und gewaltsam in das Reich von Kaiser Menelik II. eingegliedert wurde. Um seine Macht über das Gebiet zu festigen, beauftragte der äthiopische Kaiser bewaffnete Vertreter des Amhara-Stammes, die dort in seinem Namen regieren sollten. Viele Oromo empfinden das Gefühl der Unterdrückung bis heute.

(AP) (Fides 19/1/2023)

China: Weltweit gibt es rund 550 chinesische Konfuzius-Institute

Der lange Arm der Volksrepublik China. IDEA-Redakteur Daniel Scholaster hat sich das genauer angeschaut.

(IDEA) Weltweit gibt es rund 550 chinesische Konfuzius-Institute – **19 davon in Deutschland**. Offiziell sollen sie den kulturellen Austausch zwischen der kommunistischen Volksrepublik China und anderen Staaten fördern. Doch sie stehen in der Kritik, chinesische Propaganda zu verbreiten. IDEA-Redakteur Daniel Scholaster hat sich das genauer angeschaut.

Viele Staaten unterhalten im Ausland Einrichtungen, die den Reichtum der eigenen Kultur vermitteln sollen. Für Deutschland nehmen diese Aufgabe die Goethe-Institute wahr. Das chinesische Äquivalent sind die Konfuzius-Institute, von denen sich 19 in Deutschland befinden. Sie kooperieren in den jeweiligen Städten mit den Universitäten. Benannt sind sie nach dem chinesischen Philosophen Konfuzius (551–479 v. Chr.).

Dass diese Institute durch die Volksrepublik China beeinflusst sind, zeigt ein Ereignis im August 2021. An den Instituten in Duisburg und Hannover sollten Lesungen aus dem Buch „Xi Jinping – Der mächtigste Mann der Welt“ von den Journalisten Stefan Aust und Adrian Geiges stattfinden. Die Institute sagten sie nach einem Einspruch aus China kurzfristig ab. Da stellen sich Fragen: Wie sieht in Deutschland die Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Instituten konkret aus? Wie viel Einfluss hat China?

„Kommunikationskanäle“ erhalten

In Duisburg wird das Institut von einem Verein getragen. Vertreten sind darin die Universität Duisburg-Essen, die chinesische Partneruniversität in Wuhan und die Stadt Duisburg. Die Universität Duisburg-Essen teilte IDEA auf Nachfrage mit, dass es in dem Verein darum geht, „Kommunikationskanäle“ in beide Richtungen zu erhalten. Doch die Absage der Lesungen zeigt: Der chinesische Arm ist lang und kann Kanäle trockenlegen. Auch an der Leibniz Universität Hannover hatte die Absage für Debatten gesorgt. Jetzt wird die Kooperation mit dem Leibniz-Konfuzius-Institut Hannover „intern intensiv diskutiert“, sagt Uni-Pressesprecherin Mechtild von Münchhausen. In Heidelberg wiederum blickt man gelassener auf das dortige Konfuzius-Institut. Nach Angaben der dortigen Universität sind „Vorwürfe der Propaganda und der Selbstzensur“ unzutreffend: „Der Universität ist keine Einflussnahme durch die chinesische Führung auf die konkrete Vereinsarbeit bekannt.“

Einspruch aus China

Die Konfuzius-Institute selbst weisen die Vorwürfe strikt zurück. Das „Konfuzius-Institut Metropole Ruhr“ in Duisburg teilte mit, man folge in den Veranstaltungen keiner propagandistischen „Blaupause“. Über die Absage der besagten Lesung heißt es zurückhaltend, „unterschiedliche Auffassungen zwischen den deutschen und chinesischen Partnern“ seien der Grund gewesen. Das Institut in Hannover verweist auf Nachfrage auf eine Stellungnahme vom 2021: Darin heißt es, es sei zu „Meinungsverschiedenheiten mit den chinesischen Partnern“ gekommen. Das Institut sei „erstmalig mit dieser Situation konfrontiert“ gewesen.

Nur die Volksrepublik profitiert

Der den Unionsparteien nahestehende Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) findet klarere Worte. Ihnen sind die Konfuzius-Institute schon länger „ein Dorn im Auge“, sagt die Bundesvorsitzende Aileen Weibeler. Den Beteuerungen der Institute, sie bemühten sich um Unabhängigkeit von der chinesischen Führung, glaubt sie nicht. In Wirklichkeit schränkten diese Einrichtungen den freien Meinungs austausch ein. Aktuell profitiere nur die Volksrepublik von der Forschungsfreiheit in Deutschland. „Das ist auch aus sicherheitspolitischer Sicht problematisch“, warnt Weibeler: „Denn die chinesische Seite bekommt – auch über die Konfuzius-Institute – umfassenden Einblick in die technologischen Entwicklungen in Deutschland, während sie sich selbst abschottet und Kritik am eigenen politischen System unterbindet.“

Haft, Zwangsarbeit, Sterilisation

Bei der Gesellschaft für bedrohte Völker hält man eine Kooperation deutscher Universitäten mit den Konfuzius-Instituten generell für falsch. Diese verweigerten grundsätzlich eine kritische Auseinandersetzung mit den schlimmen Zuständen in der Volksrepublik, beklagt die Referentin für „Genozid-Prävention und Schutzverantwortung“, Jasna Causevic. Die chinesische Führung drangsaliere Minderheiten im eigenen Land und strebe langfristig ihre vollständige Assimilierung an. Das geschehe zum einen durch die gezielte Ansiedlung von Han-Chinesen, die die zahlenmäßig größte Volksgruppe im Land bildeten, in den Grenzregionen oder auf dem Gebiet annektierter Staaten wie Tibet. Auf der anderen Seite würden muslimische Uiguren aus Ostturkestan (Xinjiang), aber auch Angehörige der kasachischen und kirgisischen Volksgruppe inhaftiert und zur Zwangsarbeit verpflichtet, während Frauen die Zwangssterilisation drohe. Das Ziel sei die langfristige Auflösung dieser Volksgruppen.

Christen werden unterdrückt

Auch religiöse Minderheiten wie die Anhänger der aus verschiedenen fernöstlichen Religionen hervorgegangene Falun-Gong-Bewegung würden bedrängt und Opfer von Folter, Organraub und Mord, sagt Causevic. Die chinesische Regierung setze zudem christliche Gemeinden massiv unter Druck, um religiöse Symbole aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Kreuze würden entfernt, Kirchengebäude entweiht oder zerstört. Davon sei kein Wort in den Konfuzius-Instituten zu hören.

China unterwandert Gremien

Causevic sieht auch ein weiteres Problem: China könne regelmäßig mit Hilfe seiner Verbündeten bei den Vereinten Nationen Resolutionen zur Lage der Menschenrechte im eigenen Land abschmettern. Auf UN-Ebene forcieren die chinesische Regierung die Aufweichung von international anerkannten Menschenrechtsnormen.

Im August 2022 veröffentlichte die damalige Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Michelle Bachelet, einen Bericht zur Situation in Xinjiang. Was erstaunlich ist: Darin wird der Begriff „Völkermord“ ganz vermieden. Der Bericht enthält aber trotzdem stichhaltige Beweise für Handlungen, die die Kriterien aus der Völkermordkonvention erfüllen. Dazu zählen die Maßnahmen der chinesischen Regierung zur systematischen Geburtenverhinderung bei Minderheiten.

Beschlüsse scheitern am Veto

Eine Debatte im Menschenrechtsrat konnte die Volksrepublik jedoch im Oktober mit Hilfe ihrer traditionellen Verbündeten wie Pakistan, Venezuela, Bolivien oder Eritrea abwenden. Auch im UN-Sicherheitsrat scheitern Beschlüsse regelmäßig am Veto der Volksrepublik oder Russlands. Das alles ist Causevic bestens bekannt. Sie hat deswegen vor allem eine Forderung: „Die Bundesregierung muss ihre China-Politik auf den Prüfstand stellen.“ Dasselbe gelte für europäische und US-Konzerne, die dort große Gewinne erwirtschafteten, „während in dem Land Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden, die einem Völkermord gleichkommen“.

Chinesische Propaganda in Deutschland

Auch der Menschenrechtsexperte und Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Martin Lessenthin, warnt energisch vor dem Einfluss, den die Konfuzius-Institute auf die Wahrnehmung Chinas in Deutschland ausüben. „Eine objektive Auseinandersetzung mit den Verbrechen des chinesischen Diktators Mao Tse-tung oder der Unterdrückung ethnischer Minderheiten in der Volksrepublik widerspricht dem Interesse der Institute und ihrer Geldgeber.“ Den Veranstaltungsteilnehmern werde z. B. eingeredet, dass es sich bei der sogenannten „Kulturrevolution“ Maos, die Millionen Opfer gefordert habe, nicht um einen Völkermord gehandelt habe.

Was es nicht geben darf

Auch das Massaker an Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Jahr 1989 werde als legitime Aktion der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung von „Terroristen“ interpretiert. Für Lessenthin gibt es deswegen nur eine Lösung: „Es darf keine durch die Volksrepublik China finanzierten Konfuzius-Institute mit Anbindung an Universitäten auf deutschem Boden geben.“

Verfolgung auf deutschem Boden

Doch nicht nur an den Universitäten versucht die Volksrepublik, ihren Einfluss auszubauen, wie der Menschenrechtler betont. Der „lange Arm der chinesischen Behörden“ reiche bereits bis auf deutschen Boden. Staatsbürger der Volksrepublik, aber auch Taiwaner würden überwacht und zum Teil auch mit geheimdienstlichen Mitteln verfolgt. Es gebe sogar, so Lessenthin, geheime chinesische Polizeistationen in Deutschland, in denen chinesische Exilanten und Dissidenten verhört werden. Sie befänden sich nicht nur auf den Grundstücken von Botschaften oder Konsulaten, sondern auch auf deutschem Territorium. Das könnten beispielsweise Einrichtungen von Firmen im chinesischen Staatsbesitz sein.

Wirtschaftliche Abhängigkeit verhindert Protest

Doch weshalb lässt der deutsche Staat zu, dass eine fremde Macht ihre Staatsbürger im Ausland drangsaliert? „Das hat einen einfachen Grund“, sagt Lessenthin: „Deutschland hat sich wirtschaftlich von der Volksrepublik China abhängig gemacht.“ Die deutsche Politik sei bisher nicht willens oder in der Lage, „angemessen die Interessen der deutschen Bevölkerung“ gegenüber „Potentaten oder Diktatoren“ zu vertreten, wenn dadurch wirtschaftliche Nachteile für die Bundesrepublik in Kauf genommen werden müssten. „Der Protest der deutschen Regierung wird maximal über diplomatische Noten artikuliert, was die chinesische Führung jedoch ebenso wenig kümmert wie der sogenannte Rechtsstaatsdialog, den Deutschland erfolglos mit der Volksrepublik China geführt hat.“ Angesichts dieser Umstände kann Lessenthin nicht nachvollziehen, „weshalb es die Bundesregierung zulässt, dass chinesische Konzerne sich in deutsche Unternehmen und Häfen einkaufen“.

Deutschland ist erpressbar

Das alles zeigt: Solange kein Umdenken stattfindet, bleibt der deutsche Staat erpressbar. Das hatte sich schon während der Corona-Krise gezeigt. Damals traten in Deutschland plötzlich Engpässe bei der Beschaffung von Medikamenten auf, weil China seine Grenzen schloss. Weil der Trend schon seit vielen Jahren dahin geht, dass alles immer billiger werden soll, haben viele deutsche Konzerne einen großen Teil ihrer Produktion auch nach China ausgelagert. Dadurch lassen sich zwar Kosten einsparen, gleichzeitig nehmen Unternehmen aber häufig in Kauf, dass in der Volksrepublik unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert wird.

Was helfen könnte

Eine völlige wirtschaftliche Autarkie für eine am Export orientierte Volkswirtschaft wie Deutschland ist nicht realisierbar. Allerdings würde es schon einen Unterschied machen, wenn Deutschland die Zahl der Handelspartner erhöhen und bestimmte Produkte wieder hierzulande fertigen würde – auch wenn das im Zweifel mehr Geld kostet. Denn es reduziert die Abhängigkeit von Staaten wie China, in denen Christen und andere Minderheiten verfolgt werden. Und wer hierzulande mit den Konfuzius-Instituten kooperiert, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er – so formulierte es unlängst der Verein „Menschenrechte für China“ – das „verbrecherische Regime der Kommunistischen Partei Chinas“ unterstützt.

Deutschland: Christenverfolgung wird in den Medien zu wenig thematisiert

Umfrage: Dieser Meinung ist die relative Mehrheit der Deutschen

Erfurt (IDEA) – Die relative Mehrheit der Deutschen (43 Prozent) ist der Ansicht, dass die weltweite Verfolgung und Diskriminierung von Christen in den Medien nicht ausreichend thematisiert wird. Das ergab eine Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts INSA-Consulere (Erfurt) im Auftrag der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. 24 Prozent sind nicht dieser Meinung. 27 Prozent antworteten mit „Weiß nicht“, sechs Prozent machten keine Angabe. Anlass für die Umfrage ist die Veröffentlichung des neuen Weltverfolgsindex von Open Doors. Männer stimmen der Aussage deutlich häufiger zu als Frauen (49 Prozent gegenüber 37 Prozent). Unter evangelischen Christen ist eine absolute Mehrheit der Ansicht, dass die Medien die weltweite Christenverfolgung zu wenig beachten: Bei den Mitgliedern von Freikirchen sind es 59 Prozent, bei den landeskirchlichen Protestanten 51 Prozent. Bei den Katholiken teilen 47 Prozent diese Auffassung. Bei den Muslimen sind es 31 Prozent, bei den Konfessionslosen 34 Prozent. Besonders große Zustimmung findet die These mit 61 Prozent bei den Befragten, die sich selbst politisch rechts von der Mitte verorten. Bei denen, die sich selbst der Mitte zuordnen, sind es 40 Prozent. Diejenigen, die sich links der Mitte sehen, stimmen zu 39 Prozent zu. Unter den Anhängern der politischen Parteien teilen die AfD-Wähler am häufigsten diese Ansicht (59 Prozent), gefolgt von den Sympathisanten der CDU/CSU und der FDP (jeweils 49 Prozent), der SPD (40 Prozent), der Grünen (38 Prozent) und der Linken (36 Prozent). Für die Erhebung wurden 2.006 Erwachsene im Zeitraum vom 13. bis 16. Januar befragt.

Deutschland: Theologe wird Antisemitismus-Beauftragter

Niedersachsen: Gerhard Wegner leitete das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD

Hannover (IDEA) – Der frühere Direktor des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover, der Theologe Prof. Gerhard Wegner, wird neuer Antisemitismus-Beauftragter des Landes Niedersachsen. Der 69-Jährige tritt am 1. Februar die Nachfolge von Franz Rainer Enste (69) an, teilte die Staatskanzlei in Hannover am 17. Januar mit. Enste war der erste Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens. Er hatte das Ehrenamt drei Jahre lang inne. Wegner sagte zu seiner Berufung, dass die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland wieder ansteige. Auch antisemitische Verschwörungserzählungen breiteten sich aus: „Für mich folgt daraus, dass der Kampf gegen Hass und Antisemitismus und der Schutz jüdischen Lebens weiter verstärkt werden muss.“ Wegner war als Oberkirchenrat Beauftragter für die Weltausstellung „Expo 2000“. Später leitete er das evangelische Büro der „Expo 2000“ und war evangelischer Direktor des dortigen Christus-Pavillons. Von 2004 bis 2019 leitete er das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD. Im Ruhestand wurde er in das Kuratorium der Evangelisationsbewegung proChrist berufen.

Justizministerin: Wegner ist genau der Richtige

Wie die niedersächsische Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) erklärte, steht Wegner für gesellschaftlichen Dialog und ein friedliches Zusammenleben. Er trete als Mittler zwischen den Religionen auf und setze sich gegen den Hass und für das Miteinander ein: „Deswegen ist er genau der Richtige für diese wichtige Aufgabe.“ Der Landesbeauftragte ist der zentrale Ansprechpartner für die jüdischen Verbände in Niedersachsen sowie für die dort lebenden Menschen jüdischen Glaubens. Er entwickelt Empfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus und erstellt jährlich einen Bericht über Antisemitismus und dessen Bekämpfung in dem Bundesland. Zum Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen gehören zwölf Gemeinden mit knapp 6.300 Mitgliedern.

Großbritannien: Festnahme nach Schüssen auf Kirchenbesucher in London

Dem 22-jährigen mutmaßlichen Täter wird versuchter Mord vorgeworfen

London (IDEA) – Nach Schüssen auf Kirchenbesucher in London hat die Polizei einen 22-jährigen Tatverdächtigen festgenommen. Das berichtet die Zeitung „The Guardian“. Vor der katholischen Kirche „St. Aloysius“ im Londoner Stadtteil Euston waren am 14. Januar vier Frauen und zwei Mädchen einer Trauerversammlung aus einem Auto heraus beschossen und teils schwer verletzt worden. Die Polizei nahm den mutmaßlichen Täter einen Tag später fest, nachdem sein Fahrzeug im Norden Londons angehalten worden war. Ihm wird versuchter Mord vorgeworfen. Nähere Einzelheiten zum Hintergrund der Tat wurden bisher nicht bekannt.

Trauerfeier für Mutter und Tochter aus Kolumbien

Pfarrer Jeremy Trood sagte dem Sender BBC, nach den Schüssen seien die Trauergäste zurück in die Kirche geflohen und hätten dort so lange ausgeharrt, bis die Polizei eingetroffen sei. Die Trauerfeier galt Medienberichten zufolge zwei Frauen aus Kolumbien. Eine 50-jährige Mutter war nach ihrer Landung in London an einem Blutgerinnsel gestorben, ihre Tochter (20) drei Wochen später an Blutkrebs. Die Trauernden hatten die Feier kurz unterbrochen, um vor der Kirche weiße Tauben aufsteigen zu lassen, als die Schüsse fielen.

Indien: Hunderte von Christen obdachlos

Open Doors Schweiz - Im indischen Bundesstaat Chhattisgarh haben monatelanger sozialer Boykott, Verfolgung und Vandalismus zu einer Welle der Gewalt gegen Christen geführt.

Während der Weihnachtstage, in einem extrem kalten Winterklima, wurden mehr als 500 Christen aus etwa 20 Dörfern in Chhattisgarh, das im östlichen Zentrum des Landes liegt, angegriffen. Sie wurden aus ihren Gemeinschaften vertrieben und ihre Häuser wurden zerstört ([wir berichteten](#)).

Ein neuer Angriff

Nachdem sie gerade erst ihre Verwundeten versorgt hatten, wurden die Christen in dieser Region am 2. Januar erneut von einem Mob angegriffen. Die Bevölkerung war völlig ausser Kontrolle und beschädigte Kirchen und Häuser. Sie ging von Tür zu Tür und übte Druck auf die Christen aus, ihre Häuser und das Dorf zu verlassen. Als die Polizei eintraf, verschonten die Christengegner sie nicht und griffen auch die Polizeibeamten an, wobei ein Beamter verletzt wurde.

Anstieg der Gewalt

In den vergangenen Monaten haben antichristliche Extremisten bekehrte Stammeschristen ständig schikaniert, um sie zur Rückkehr zum Hinduismus zu zwingen. Die Pastoren ihrerseits wurden beschuldigt, Stammesfamilien zwangsweise zu bekehren und sie mit falschen Versprechungen zu locken. Ihre Kirchen wurden verwüstet und geplündert.

«Unsere Rechte werden uns genommen»

Einheimische Christen sagen, dass die nationalistischen Führer mehrerer Dörfer für den Ausbruch der Gewalt verantwortlich sind: «Wir leben in diesen Dörfern nun schon seit Generationen ohne jegliche Diskriminierung und üben friedlich unseren Glauben aus. Doch einige Führer stacheln andere Dorfbewohner dazu an, uns zu bedrohen, zu misshandeln und körperlich anzugreifen, indem sie unsere Ernten und Produkte zerstören und stehlen und zu einem sozialen Boykott gegen Christen aufrufen.»

Sie sagen weiter: «Unsere Frauen und Kinder sind zur Zielscheibe obszöner Kommentare geworden. Unsere Grundrechte werden uns genommen.»

Unsere Partner an der Seite der Opfer

Die genaue Zahl der Opfer dieser Angriffe ist noch nicht bekannt. Die Verletzten werden derzeit in den Krankenhäusern der Region behandelt. Was die vertriebenen Christen betrifft, so sind sie in offenen Stadien und Regierungszentren untergebracht, wo es weder Nahrung noch Wasser, Kleidung oder Decken gibt. Diese Familien haben nichts mehr, da alles von den Hindu-Extremisten gestohlen und zerstört wurde. Die Situation für die Christen und die Kirche in Chhattisgarh ist heute kritisch. Die Partner von Open Doors stehen den Opfern bei und versuchen, sie mit dem Nötigsten wie Lebensmitteln, Wasser, Decken und Kleidung zu versorgen. Sie versuchen, so viele Menschen wie möglich zu erreichen und ihren Bedürfnissen trotz der Gefahr gerecht zu werden.

Quelle: Open Doors Schweiz (13.01.2023)

https://www.opendoors.ch/news/indien-hunderte-von-christen-obdachlos/?_cldee=cSbNKU3VXtBccE5BFSbwddz9n4SGTKTBz6KYA5Pmq3ghqERXpuz-eu_4nQI5P7en&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-7461733e1ec24e3cb5c6be12d929b1c0&esid=26478b86-0191-ed11-aad1-0022489b76cb

Indien: Wiederholt schwere Angriffe auf Christen in Chhattisgarh

Hunderte an Weihnachten obdachlos, weitere Ausschreitungen im Januar

(Open Doors, Kelkheim) – Im Bundesstaat Chhattisgarh wurden kurz vor Weihnachten mehr als tausend Christen gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben ([wir berichteten](#)). Sie gehören den Adivasi (indigene Stammesbevölkerung) an und sind zum christlichen Glauben konvertiert; das war offenbar der Hauptgrund für die Angriffe. Am 2. Januar flammte die Gewalt erneut auf – begünstigt durch die passive Haltung der Behörden.

Haltlose Vorwürfe und ausufernde Gewalt

Chhattisgarh ist einer der Bundesstaaten, die [Anti-Bekehrungs-Gesetze eingeführt](#) haben. Einheimische christliche Leiter sehen [Anzeichen](#) dafür, dass ein solches Gesetz bald auch auf nationaler Ebene eingeführt werden könnte. Auf Grundlage der herrschenden Anti-Bekehrungs-Gesetze kann nahezu jede Aktivität religiöser Minderheiten als unlauterer Versuch einer Zwangsbekehrung interpretiert werden – selbst ein öffentliches Gebet oder karitative Hilfsangebote. Diese einseitige Darstellung hat die Stigmatisierung der Christen stark befeuert. Konvertierte Christen werden immer wieder zur „Rückbekehrung“ zum Hinduismus gezwungen. In Chhattisgarh kam es in den letzten Monaten zu anhaltenden sozialen Boykotts und dem Ausschluss vieler Christen aus der Dorfgemeinschaft, oft verbunden mit Gewalt und Vandalismus. Am 18. Dezember eskalierte die Lage zu einem organisierten Angriff. Christen aus mehr als 15 Dörfern in den Bezirken Narayanpur und Kondagaon wurden attackiert und vertrieben, viele ihrer Häuser und Kirchen wurden zerstört. Bei kalter Witterung mussten sie teilweise tagelang unter freiem Himmel ausharren. Andere waren zwar in Gebäuden untergebracht, doch es fehlte an Nahrungsmitteln, Wasser, Kleidung oder Decken. Lokale Partner von Open Doors halfen rund um die Uhr mit dem Nötigsten. Wegen der Untätigkeit der Ordnungskräfte protestieren die Christen zusammen mit Leitern des christlichen Forums von Chhattisgarh vor dem Büro des Bürgermeisters, auch weil die Behörden keine Strafanzeigen aufnahmen.

Erneute Eskalation am 2. Januar: „Angriffe im Voraus geplant“

Am 2. Januar flammte die Gewalt erneut auf. Wütende Hindus gingen von Tür zu Tür, beschädigten erneut Kirchen, christliche Einrichtungen und Wohnhäuser. Sie drohten den Christen und forderten sie auf, das Dorf zu verlassen. Die herbeigerufene Polizei wurde ebenfalls angegriffen.

Roshan Paul*, ein Partner von Open Doors, berichtet: „Es handelte sich nicht um einen spontanen Mob, sondern um bewaffnete Banden, die diese Angriffe im Voraus geplant hatten. Viele von ihnen trugen Schwerter und Steine bei sich. Die Christen in Chhattisgarh werden beschuldigt, einer fremden Religion anzuhängen und die traditionelle Lebensweise der Stammesangehörigen zu gefährden.“ Paul fügt hinzu: „Die Behörden haben nichts unternommen, um das Problem anzugehen oder die Sicherheit der Kirchenbesucher zu gewährleisten. Kundgebungen und Versammlungen der christenfeindlichen Gruppen wurden nicht unterbunden, obwohl sie die Bevölkerung offen gegen Kirchenbesucher und Pastoren mobilisieren und aufhetzen.“ Es sei bekannt gewesen, dass Vorbereitungen für neue Angriffe im Gange waren; dennoch seien keine Maßnahmen ergriffen worden. „Stattdessen schließen sie die Gemeinschaftsunterkünfte und zwingen die Menschen, im Angesicht der Gewalt in ihre Dörfer zurückzukehren“, so Paul weiter.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2022](#) belegt [Indien](#) den 10. Platz unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quelle: Open Doors (13.01.2023)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/indien-wiederholt-schwere-angriffe-auf-christen-in-chhattisgarh?pk_campaign=NA&pk_kwd=20230113

Iran: Exiliraner und -Afghanen bitten um Fürbitte für ihre Länder

IIRF-D/Heart4Iran /Tübingen/19.01.23 – Exiliraner von Heart4Iran, die mit IIRF-D und Communio Messianica zusammenarbeiten, haben uns angeschrieben mit der Bitte, mit ihnen für die Situation in Iran zu beten. Hier ist das von ihnen mitgeteilte Gebet:

Himmlicher Vater, wir kommen demütig zu dir, hier und jetzt, im Namen unserer Brüder und Schwestern im Iran und in Afghanistan. Das persische Volk und die persische Kirche sind verletzt - und doch hast Du einen Plan für diese Nationen. Wir bitten dich um dein Erbarmen für unsere verfolgten, unterdrückten und verängstigten Brüder und Schwestern. Wir bitten Dich, dass ihre Herzen von Deinen heilenden Händen berührt werden; dass ihre Augen sich in diesen tragischen Zeiten Deinem heilenden Wort zuwenden; dass ihre Ohren auf Deine tröstende Stimme eingestimmt werden. Wir beten, dass die Familien und ihre Angehörigen, die von den Gewaltverbrechen des iranischen Regimes betroffen sind, in dieser Zeit des Schmerzes Deine Hoffnung erfahren. Wir beten, dass Du Heart4Iran Ministries dazu benutzt, ein Licht in ihrer Dunkelheit zu sein, dass Du unsere Gemeinschaft dazu benutzt, Veränderungen in ihrer Gemeinschaft herbeizuführen und dass Du unseren Dienst dazu benutzt, Deinen Missionsauftrag zu erfüllen. Wir danken Dir für alle Deine Gaben, auch für die, die uns noch nicht offenbart wurden. Amen.

Israel: Friedhofsschändung in Jerusalem

Zwei Jugendliche verhaftet, die Täter zerstörten 28 Gräber und warfen Grabsteine um

Jerusalem (IDEA) – Die israelische Polizei hat zwei Jugendliche verhaftet, die unter dem Verdacht stehen, Anfang des Jahres den historischen protestantischen Friedhof in Jerusalem geschändet zu haben. Die Täter hatten dabei 28 Gräber zerstört sowie Grabsteine umgeworfen und teilweise zerstört, berichtete die Zeitung „Times of Israel“ am 16. Januar. Dabei waren sie von Überwachungskameras gefilmt worden. Bei den Übergriffen trugen sie Kleidung, wie sie bei orthodoxen Juden üblich ist. Die beiden Verdächtigen seien 18 und 14 Jahre alt, teilte die Polizei mit, ohne weitere Angaben zu ihrer Identität zu machen. Die beiden Jugendlichen kamen zunächst in Untersuchungshaft und wurden dann in einen Hausarrest entlassen.

Kritik an blindem religiösen Eifer

Der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Jerry Pillay (Genf), hatte die Schändung scharf verurteilt. Sie sei absolut inakzeptabel und zeige einen Mangel an Respekt vor den Verstorbenen. Zugleich sei sie eine Provokation der christlichen Gemeinschaft. Der Anschlag gehe „auf das Konto von Vandalen, die offensichtlich von blindem religiösen Eifer und Hass motiviert waren“. Das geistliche Oberhaupt der anglikanischen Kirche von England, Erzbischof Justin Welby (London), nannte die Schändung einen blasphemischen Akt. Die anglikanische Kirche in Jerusalem sprach von einem Hassverbrechen gegen die dortige christliche Gemeinde. Der protestantische Friedhof wurde 1848 als ökumenische Gräberstätte für lutherische, reformierte, anglikanische und altkatholische Christen eröffnet. Er wird heute von der anglikanischen Kirche verwaltet.

Israel: Hamas veröffentlicht Video von israelischer Geisel

Seit 2014 vermisst

Die Terrorgruppe Hamas hat am Montag ein Video veröffentlicht, in dem der Israeli Avera Mengistu zu sehen sein soll. Es wäre das erste Lebenszeichen von Mengistu, der 2014 die Grenze von Israel in den Gazastreifen überquerte. Im Video fragt er: „Wie lange werde ich noch hier sein?“ Nach Angaben seiner Familie leidet Mengistu an psychischen Problemen. Am Montagabend teilte das Büro von Premier Benjamin Netanjahu mit, dass Israel alle seine Ressourcen einsetze, um „seine vermissten und gefangen gehaltenen Söhne in ihre Heimat zurückzubringen“. Zur Echtheit des Videos gab das Büro keine Auskunft. (mas)

Quelle: Israelnetz.com

Israel: Zahl der Christen gestiegen

Drei Viertel der israelischen Christen sind Araber. Die meisten leben im Norden des Landes.

JERUSALEM (inn) – Die Zahl der Christen in Israel nimmt zu. **Im Jahr 2021 stieg sie um 2 Prozent auf 185.000** – damit gehören 1,9 Prozent der israelischen Bevölkerung der christlichen Minderheit an. Dies gab das Zentralbüro für Statistik vor Weihnachten bekannt.

Von den israelischen Christen sind 75,8 Prozent Araber. Ihr Anteil an der arabischen Gesamtbevölkerung beträgt 6,9 Prozent. Die meisten christlichen Araber leben im Norden Israels. Von den nicht-arabischen Christen wohnen 39 Prozent in den Bezirken Tel Aviv und Zentrum, weitere 36,3 Prozent sind in den Distrikten Nordisrael und Haifa ansässig.

Nazareth vor Haifa und Jerusalem

Die größte christliche Bevölkerung hatte mit 21.100 die Stadt Nazareth – bei 76.500 Einwohnern. Ihr folgen Haifa (16.700 von 283.000), Jerusalem (12.900 von 975.000) und Schefar'am in Galiläa (10.500 von 36.800).

Im Jahr 2020 gab es 582 christliche Hochzeiten. Das [Statistikamt](#) merkt dazu an, dass die Möglichkeiten dafür durch die Corona-Maßnahmen eingeschränkt waren. Das Durchschnittsalter der Bräutigame betrug 30,6 Jahre, das der Bräute 26,8 Jahre. Christliche Paare brachten 2021 insgesamt 2.434 Kinder zur Welt. Von ihnen wurden 72 Prozent, also 1.749, in arabische Familien geboren.

Zu einem christlichen Haushalt gehörten durchschnittlich 3,06 Personen. Bei jüdischen Israelis waren es 3,05 und bei Muslimen 4,46 Personen. In den Haushalten lebten bei Christen 1,86 Kinder bis 17 Jahre, bei Juden 2,42 und bei Muslimen 2,62 Minderjährige.

Christen heben Anteil der arabischen Studenten

Im Schuljahr 2020/21 waren 26.752 christliche Schüler registriert. Das waren 1,4 Prozent alle Jungen und Mädchen an Grundschulen und weiterführenden Schulen.

Für ein Bachelor-Studium waren 52,9 Prozent der arabischen Christen eingeschrieben. Dieser Anteil betrug bei den Arabern insgesamt 31,2 Prozent. Von den Absolventen des hebräischen Schulsystems nahmen 48,2 ein Studium auf. Die beliebtesten Studienfächer für Christen waren Musikwissenschaft, Management Information Systems (MIS), Lebensmitteltechnik und Technologie.

Das Medienzentrum der Franziskaner teilte mit Bezug auf die Statistik mit, in den vergangenen 70 Jahren sei die Zahl der Christen in Israel kontinuierlich gestiegen. Demnach erhöhte sie sich zwischen 1950 und 1970 von 36.000 auf 75.500, [berichtet](#) die katholische Nachrichtenseite „Domradio.de“ unter Berufung auf das Medienzentrum. Ein deutlicher Anstieg sei in den 1990er Jahren festzustellen, vor allem weil Juden aus der ehemaligen Sowjetunion mit christlichen Ehepartnern oder Kindern einwanderten. So habe die Zahl zwischen 1990 und 2000 von 114.000 auf 135.000 zugenommen. (eh)

Quelle: israelnetz.com

Kasachstan: Szene im Wandel

In Kasachstan, einem muslimischen Land, in dem ein Viertel der Bevölkerung nominell christlich ist, gibt es eine zunehmende Tendenz, den kasachischen Nationalismus mit der muslimischen Identität zu verbinden. Christliche Konvertiten aus dem Islam wurden schon immer angefeindet, aber diese Feindseligkeit richtet sich jetzt zunehmend gegen alle Christen. Das heutige Kasachstan ist nicht mehr das tolerante Land, das es noch vor etwa zehn Jahren mal war.

Quelle: WORLDNEWS 290 vom 15.1.23, übersetzt und bearbeitet AKREF

Kongo: 17 Tote bei Bombenanschlag auf eine Kirche

Sicherheitskräfte vermuten islamistische ADF-Miliz als Urheber

Kasindi-Lubirigha (IDEA) – Bei einem Bombenanschlag auf eine Pfingstkirche in der Stadt Kasindi-Lubirigha in der kongolesischen Provinz Nord-Kivu sind am 15. Januar 17 Menschen getötet worden. Rund 20 weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Das berichtet der kongolesische Sender Radio Okapi (Kinshasa). In der Kirche fand zum Zeitpunkt der Explosion eine evangelistische Konferenz statt. Die Armee habe Ermittlungen aufgenommen. Sie vermute als Urheber die islamistische Terrormiliz ADF (Allied Democratic Forces/Verbündete Demokratische Streitkräfte), die sich 2019 offiziell der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) angeschlossen hat. Die Regierung des Landes verurteilte den „schändlichen Terrorakt“ und sprach den Familien der Opfer ihr Beileid aus. Die Demokratische Republik Kongo hat knapp 90 Millionen Einwohner. Über 90 Prozent der Bevölkerung sind Christen. Die übrigen Einwohner gehören zu ethno-religiösen Gruppen oder sind Muslime.

Kongo: Sie wollen alle "Ungläubigen" töten

12.01.2023 Washington D.C. (International Christian Concern) - Am 20. März 2022 wurden die 25-jährige Kahindo und ihre zweijährige Tochter Nuela von den Alliierten Demokratischen Kräften (ADF), einer im Kongo operierenden islamischen Extremistengruppe, aus ihrem Dorf verschleppt. Kahindo und ihre Familie sind alle Christen, ebenso wie ein Großteil der Bevölkerung ihres Dorfes.

Nach dem Überfall der ADF, bei dem ihr Mann, ihre beiden Kinder, ihre beiden Brüder und ihre beiden Eltern vor ihren Augen brutal ermordet wurden, wurden Kahindo und ihre Tochter mehr als drei Wochen lang von den Militanten in ihrem Lager in einem nahe gelegenen Wald gefangen gehalten.

"Sie töteten über 30 Menschen in unserem kleinen Dorf in Luna. Sie sagten, sie wollten alle Ungläubigen töten, weil sie den Ruf Allahs und die Lehre Mohammeds entweiht hätten.

Mein Kind und ich sind die einzigen, die überlebt haben. Meine beiden Kinder wurden auf der Flucht erschossen, und ich konnte auch ihre kleinen Körper auf dem Boden zusammengesunken sehen. Ich lag neben dem toten Körper meines Mannes und tat so, als wäre ich auch tot.

Ich lag etwa 30 Minuten lang so da, während die Rebellen fortfuhren, meine Eltern, meine Brüder und andere Dorfbewohner zu töten.

Ich schöpfte die Erde, die mit dem Blut meines Mannes getränkt war, in der Hoffnung, sie als Erinnerung an ihn zu behalten, falls ich überleben sollte. Als sie sahen, dass sich mein Körper bewegte, zogen sie mich von der Leiche meines Mannes hoch. Sie schrien, dass sie eine Frau für ihren Anführer gefunden hätten.

Also brachten sie mich und mein Kind in den Wald. Sie misshandelten mich tagelang.

Während der drei Wochen, die sie uns festhielten, bekamen wir nichts zu essen. In meiner Verzweiflung nahm ich die mit dem Blut meines Mannes getränkte Erde und mischte sie mit wilden grünen Blättern. Das war es, was mein Kind und ich aßen, um zu überleben. Wir hatten kein Wasser, aber wir konnten etwas mit den Händen auffangen, wenn es regnete.

Viele von uns wurden in dem Lager im Wald festgehalten. Diejenigen, die nicht kooperierten, wurden erschossen oder abgeschlachtet. Sie sprachen arabische Worte, während sie sie schlachteten - einer von ihnen nahm ein Video auf. Wir wurden gezwungen, auf Leichen zu schlafen.

Als die Armee das Rebellenlager angriff, schossen sie überall hin, und zwei Kugeln verfehlten mich nur knapp. Sie streiften meine rechte Hand, als ich um mein Leben und das Leben meines Kindes rannte. Ich entkam meinen Entführern und floh vor den kämpfenden Truppen.

Auf meinem Weg fand ich weitere Leichen. Es waren Menschen, die von den Rebellen getötet worden waren.

Ich lief fünf Tage lang, bis ich Kasindi erreichte, wo ich als Flüchtling registriert wurde. Ich war müde und hatte aufgegeben. Ich dachte sogar darüber nach, mein Leben zu beenden, um mit meinem Mann, meinen Kindern und meinen Familienangehörigen im Himmel zu sein.

Es ist nicht leicht, alle Familienmitglieder bei einem Angriff zu verlieren, und man kann sich nur wünschen, zu sterben und dieser hässlichen Realität zu entkommen."

Im März 2022 griff das ICC ein, um Kahindo und ihre Tochter Nuela zu retten. Das ICC brachte sie in einem sicheren Haus unter und half ihr, ein kleines Lebensmittelgeschäft auf dem örtlichen Markt zu eröffnen.

"Ich danke Ihnen, dass ich jetzt einen eigenen Laden habe. Heute werden wir in unserem eigenen Haus schlafen, unser eigenes Essen kochen und in unserem eigenen Bett schlafen. Mit einem Lebensmittelstand auf dem Markt kann ich nun für mich und mein Kind sorgen. Danke, ICC, dass Sie mich besucht und meine Umsiedlung und Befähigung in sehr kurzer Zeit organisiert haben.

Mein Kind und ich beginnen nun, das Leben aus einer anderen Perspektive zu sehen. Wir sehen den Herrn als den Hirten für alle Menschen und gnädig zu den Witwen und Waisen. Wir kommen langsam aus der Knechtschaft der Leere nach so viel Verlust heraus.

Das haben Sie und andere Christen, die für uns gebetet haben, nachdem sie unsere Geschichte gehört hatten, möglich gemacht.

Wir können das Übel der Verfolgung nie auslöschen, aber wir können als Simon handeln und ihnen helfen, ihr Kreuz zu tragen.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org
Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Myanmar: Fünf Tote bei Angriff auf Kirche

IIRF-D/BF/Tübingen/19.01.23 - Fünf Menschen wurden getötet, als das Militär (Tatmadaw) am 12. Januar eine Kirche im Dorf Lay Wah im mehrheitlich von Christen bewohnten Karen-Staat bombardierte. Unter den Toten befanden sich zwei Kirchenführer sowie ein kleiner Junge, vermutlich drei Jahre alt und seine Mutter. Bei einem weiteren Vorfall am Sonntag, den 15. Januar, setzten Tatmadaw-Soldaten ein Kirchengebäude in Brand und fackelten Häuser in der mehrheitlich von Christen bewohnten Gegend von Chan Thar in der Region Sagaing ab.

Quelle: Barnabas Fund 18. 1. 2023

Myanmar: Katholische Marienkirche bei Brandanschlag verwüstet

Erzdiözese Mandalay: Anbetungskapelle bleibt unversehrt

Mandalay (Fides) - Die burmesische Armee hat die 1894 errichtete alte Marienkirche in Chan Thar, einem von Katholiken bewohnten Dorf in der Region Sagaing, im Gebiet der Erzdiözese Mandalay im Nordosten Myanmars, in Brand gesetzt. Bei dem Brandanschlag setzten die Soldaten am 15. Januar auch das angrenzende Kloster der Franziskaner-Missionsschwestern von Maria (FMM) in Brand, die zusammen mit etwa 3.000 Dorfbewohnern fliehen mussten. Die umliegenden Wohnhäuser, etwa 500, wurden ebenfalls zerstört, und von dem Dorf sind nur noch Trümmer übrig. In der Region kommt es immer wieder zu Zusammenstößen, da das Gebiet als Hochburg der Rebellen der Volksverteidigungskräfte (PDF) gilt, die sich gegen die birmanische Militärjunta stellen, die durch einen Putsch im Februar 2021 an die Macht kam.

Schwester Rita, eine der geflohenen Nonnen, berichtet gegenüber Fides: "Wir haben die Menschen im Dorf gebeten, ihre Häuser zu verlassen, sich den Soldaten nicht zu widersetzen und keinen Widerstand zu leisten, um Massaker und brutale Gewalt zu vermeiden. Die Soldaten wollen jeden Widerstand der Zivilbevölkerung unterdrücken. Sie dringen in die Dörfer ein, besetzen Gebäude wie Schulen und Kirchen und kampieren dort. Von dort aus führen sie Haus-zu-Haus-Razzien durch, um die Aufständischen aufzuscheuchen. Sie blieben drei Tage in unserer Kirche, und als sie abreisten, setzten sie die Kirche und unser Kloster in Brand".

Die Ordensfrau bestätigt, dass "wie durch ein Wunder die Anbetungskapelle in der Kirche nicht von den Flammen berührt wurde. Wir betrachten dies als ein Zeichen des Allerhöchsten: Selbst in dieser brutalen und sinnlosen Gewalt ist der Herr immer bei uns. Unsere Region war als eine der friedlichsten und harmonischsten im ganzen Land bekannt. Jetzt ist es ein Ort der Verwüstung und der Trümmer. Und schrecklich".

Aus dem Gebiet, in dem sich im 19. Jahrhundert die französischen Priester der Pariser Auslandsmissionen (MEP) niederließen, gingen zahlreiche Berufungen zum Priestertum und zum gottgeweihten Leben hervor. Es gab Seminare und Ausbildungsstätten für Katecheten, und es wurde jahrzehntelang eine blühende kirchliche und pastorale Arbeit geleistet. Einer der ursprünglich aus Chan Thar stammenden Priester, Pater Joseph, bedauert gegenüber Fides: "Wir sehen mit Tränen in den Augen die Zerstörung von Chan Thar. Heute sind die birmanischen Militärs keine Berufssoldaten einer staatlichen Armee mehr, die eine Ethik oder einen Auftrag zur Verteidigung der Nation haben. Sie sind zu unkontrollierten bewaffneten Gruppen geworden, die alle möglichen Verbrechen, Missbräuche und Untaten begehen".

Am 16. September vergangenen Jahres kamen in Sagaing mindestens 11 Kinder bei einem Luftangriff der regulären Armee auf ein von Zivilisten bewohntes Gebiet ums Leben.

Der Erzbischof Marco Tin Win von Mandalay stellt fest: "Wir erleben eine Zeit des großen Leids. Die Hälfte des Gebiets der Erzdiözese Mandalay ist von Auseinandersetzungen betroffen, was uns große Sorgen bereitet. Wir helfen Tausenden von Binnenflüchtlingen in fünf Zentren, die in fünf katholischen Pfarreien eingerichtet wurden: Wir tun, was wir können".

"Während die Gewalt vor allem in einigen Gebieten wütet", so der Erzbischof weiter, "verlieren wir nicht die Hoffnung, weil wir wissen, dass der Herr mit uns ist. Das Vertrauen der Gläubigen auf ihn und die Tatsache, dass die Anbetungskapelle in der zerstörten Kirche von den Flammen verschont blieb, ist ein Symbol, das die Gläubigen tröstet und sie daran erinnert, dass unsere einzige Zuflucht der Herr ist".

(PA-JZ) (Fides 18/1/2022)

Nigeria: Brand im Kleinen Seminar in Kateri

Prekäre Sicherheitslage beeinträchtigt Löscharbeiten

Abuja (Fides) - Die Unsicherheit, die in weiten Teilen Nigerias herrscht hat unerwartete Folgen. Nach Angaben des Rektors des Priesterseminars in Kateri im Bundesstaat Kaduna (Nordwest-Nigeria), Pfarrer Edward Sati, hätte der Brand, der das Seminar am 9. Januar schwer beschädigte, verhindert oder zumindest in seinem Schaden begrenzt werden können, wenn die Schüler anwesend gewesen wären. Stattdessen, so der Priester, zogen alle Schüler und Dorfbewohner aufgrund der unsicheren Lage in sichere Gegenden, während die Schule und die Umgebung verlassen zurückblieben.

"Als das Feuer ausbrach, schlugen die Sicherheitsleute Alarm, und bevor die jungen Männer herbeieilten, um uns zu helfen, das Feuer zu löschen, war der Schaden bereits angerichtet; aber wir loben die mutigen jungen Männer, die uns geholfen haben", so Pfarrer Sati, er berichtet, dass die Seminarleitung die Schüler seit mehr als zwei Jahren wegen der ständigen Überfälle durch Banditen nach Kafanchan und Zaria verlegt hat.

Der im St. Peters Minor Seminary Kateri entstandene Schaden wird auf über 100 Millionen Naira (ca. 204.240 Euro) beziffert. Das Feuer zerstörte das voll ausgestattete wissenschaftliche Labor, zwei Wohnheimblöcke und einen Speisesaal mit 500 Plätzen und einer angeschlossenen Küche.

Ebenfalls am 9. Januar wurden elf Angehörige der Sicherheitskräfte in einem Hinterhalt von bisher nicht identifizierten Bewaffneten in der Nähe eines Bergwerks in der Region Birnin Gwari getötet. "Sieben Mitglieder des Nigeria Security and Civil Defence Corps (NSCDC) wurden in einen Hinterhalt gelockt und getötet, zusammen mit fünf Mitgliedern einer anderen Sicherheitsbehörde und eines lokalen Sicherheitsdienstes", bestätigt dazu Olusola Odumosu, Sprecher des NSCDC, einer paramilitärischen Organisation, die 2003 zur Unterstützung der Armee gegründet wurde.

Im Wald von Birnin Gwari befindet sich eine von mehreren Stellungen krimineller Banden, neben der Al-Qaida-nahen Dschihadistengruppe „Ansaru“ und dem Islamischen Staat in Westafrika (Iswap), einem abtrünnigen Zweig von Boko Haram. Bereits im vergangenen Mai bestätigte auch der Gouverneur von Kaduna, Nasiru el-Rufai, dass „Iswap“ und „Ansaru“ verschiedene Stellungen im Bundesstaat eingerichtet hätten, darunter auch in Birnin Gwari.

In ganz Nigeria kommt es regelmäßig zu Übergriffen und Anschlägen schwer bewaffneter krimineller Banden, Milizen und islamistischer Kämpfer. Bei den Präsidentschaftswahlen Ende Februar, bei denen es um die Nachfolge von Präsident Muhammadu Buhari wird die Sicherheitslage ein wichtiges Thema sein.

(L.M.) (Fides 13/1/2023)

Nigeria: Pastor ermordet

IIRF-D/BF/Tübingen/19.01.23 - Pastor Isaac Achi verbrannte, nachdem bewaffnete Männer in den frühen Morgenstunden des Sonntags, 15. Januar, sein Haus in der Paikoro Local Government Area im Bundesstaat Niger in Brand gesetzt hatten. Ein weiterer Pastor, der sich in dem Haus aufhielt, wurde angeschossen und verletzt, als er versuchte, dem Feuer zu entkommen - er erholt sich im Krankenhaus.

Quelle: Barnabas Fund 18. 1. 2023

Pakistan: UNO Sonderberichterstatter verlangen Ende der Zwangsbekehrungen und Zwangsverheiratungen

Sechs Sonderberichterstatter haben an die pakistanische Regierung geschrieben, um ein Ende des Unrechts gegen Christen- und Hindumädchen. Sie haben nun beschlossen, ihren Brief zu veröffentlichen.

IIRF-D/BW/Tübingen/17.01.23 – In einem Beitrag von Massimo Introvigne für Bitter Winter wird davon berichtet, dass sechs Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen sich an die Regierung Pakistans gewandt haben mit der Forderung, den häufigen Zwangsbekehrungen und Zwangsverheiratungen von Mädchen aus den religiösen Minderheiten der Christen und „Hindus“ (eigentlich Balmiken oder andere Kastenlose im hinduistischen System) ein rasches Ende zu setzen. Dieses Unrechtssystem fluoriert, weil Polizei und Gerichte ihre Augen davor schließen, bzw. gewähren lassen:

"Die Leser von Bitterer Winter sind mit der systematischen Entführung, Vergewaltigung, Zwangskonvertierung zum Islam und "Verheiratung" von Mädchen aus religiösen Minderheiten in Pakistan mit ihren Entführern vertraut. Wir haben eine von ihnen, Chanda Maharaj, "adoptiert", die das Gericht gegen ihren Willen, zu ihrer Familie zurückzukehren, immer noch in einem Heim festhält. Wir haben ihren Fall international bekannt gemacht, was vielleicht dazu beigetragen hat, dass zumindest sie nicht an ihren Entführer und Vergewaltiger zurückgegeben wurde. Jetzt sind die Vereinten Nationen aufmerksam geworden.

Ein 16-seitiges Schreiben, das am 26. Oktober 2022 von einer Gruppe von Sonderberichterstattern der Vereinten Nationen an die pakistanische Regierung zum Thema Zwangskonvertierung zum Islam gesandt wurde, ist nun veröffentlicht worden, allerdings ohne die Namen der Zeugen, auf die sich die Berichterstatter stützten. Er ist unterzeichnet von dem Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen, dem Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, dem Sonderberichterstatter für den Verkauf und die sexuelle Ausbeutung von Kindern, einschließlich Kinderprostitution, Kinderpornografie und sonstigem Material über sexuellen Missbrauch von Kindern, dem Sonderberichterstatter für zeitgemäße Formen der Sklaverei, einschließlich ihrer Ursachen und Folgen, dem Sonderberichterstatter für Menschenhandel, insbesondere Frauen- und Kinderhandel, und dem Sonderberichterstatter für Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ihre Ursachen und Folgen. Die Arbeitsgruppe zur Diskriminierung von Frauen und Mädchen hat ebenfalls unterzeichnet, um ihre Unterstützung zu bekunden.

Die Berichterstatter erwähnen die Fälle mehrerer hinduistischer und christlicher Mädchen, darunter Mehwish Patras, Chashman Kanwal, Zarvia Pervaiz und Saba Nadeem (andere Namen sind in der veröffentlichten Fassung des Schreibens aus Sicherheitsgründen unkenntlich gemacht). Sie waren zwischen 13 und 20 Jahre alt und wurden entführt, vergewaltigt, zum Islam gezwungen und mit ihren Entführern verheiratet.

Mit einer Ausnahme waren die Mädchen in allen von den Berichtstattern genannten Fällen minderjährig, was bedeutet, dass sie nach dem geltenden pakistanischen Recht nicht hätten verheiratet werden dürfen. Dennoch wurden sie von muslimischen Geistlichen und ihren Entführern gezwungen, vor Gericht zu erscheinen und über ihr Alter zu lügen, indem sie behaupteten, sie seien aus freiem Willen konvertiert und hätten geheiratet.

Die Berichterstatter beschuldigen die pakistanische Polizei offen, mit den Entführern zusammenzuarbeiten. Polizeibeamte, so sagen sie, lassen Analphabeten-Eltern Dokumente unterschreiben, die sie nicht verstehen, oder Blankoformulare, die anschließend von der Polizei ausgefüllt werden, in denen sie bescheinigen, dass ihre Töchter älter als 18 sind, obwohl das Gegenteil der Fall ist.

Sexuelle Beziehungen mit minderjährigen Mädchen, selbst wenn sie "freiwillig" oder nach einer "religiösen Heirat" stattfinden, sollten in Pakistan theoretisch als Vergewaltigung gelten. Sowohl die Polizei als auch die Gerichte verfolgen die Entführer und "Ehemänner" jedoch nicht strafrechtlich und akzeptieren gerne unter Zwang gemachte Videos oder unterschriebene Erklärungen, in denen die Mädchen behaupten, sie seien volljährig und hätten den "Ehen" zugestimmt. Die Gerichte akzeptieren auch Dokumente, die offensichtlich falsch sind, oder bitten befreundete Ärzte, das "biologische Alter" der Mädchen zu bestimmen, die dann für heiratsfähig erklärt werden.

Die Berichterstatter kritisieren auch das Parlament und die Politiker, die es versäumt haben, Gesetze zu verabschieden, die Frauen und Mädchen aus religiösen Minderheiten wirksam vor Zwangskonvertierung und Zwangsheirat schützen.

Das Schreiben weist eindeutig auf ein systemisches Problem hin, das sich nicht auf die Fälle beschränkt, die in dem Schreiben im Einzelnen genannt werden. "In Erwartung einer Antwort drängen wir darauf, dass alle notwendigen vorläufigen Maßnahmen ergriffen werden, um die angeblichen Verstöße zu beenden", schreiben die Berichterstatter. Es scheint, dass Pakistan nicht bereit ist, solche Maßnahmen zu ergreifen.

Quelle: <https://bitterwinter.org/un-pakistan-should-halt-forced-conversions-marriages-of-christian-and-hindu-girls/>

Peru: Über 50 Tote bei Ausschreitungen

“Wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren“

Lima (Fides) - Infolge der anhaltenden Proteste der Bevölkerung hat die peruanische Regierung ab dem 15. Januar für 30 Tage den Ausnahmezustand in den Departements Cusco, Lima und Puno, in der Provinz Callao und in mehreren anderen Regionen verhängt. Nach Berichten, die Fides vorliegen, sind davon auch fünf Autobahnen betroffen. Zu den Maßnahmen gehört auch die Verlängerung Ausgangssperre im Departement Puno um weitere zehn Tage. Die peruanische Präsidentin Dina Boluarte schloss unterdessen einen Rücktritt aus, während Minister, der Innen- und der Frauenminister, die am 13. Januar unerwartet zurück getreten waren umgehend ersetzt wurden.

Am 7. Dezember 2022 waren im ganzen Land Proteste ausgebrochen, nachdem der Präsident der Republik, Pedro Castillo, abgesetzt und anschließend verhaftet worden war, nachdem er versucht hatte, das Parlament aufzulösen, während schon kurz danach die neue Präsidentin Dina Boluarte, bis dahin Castillos Stellvertreterin, vereidigt worden war. An den Protesten beteiligten sich Tausende von Menschen, die den Rücktritt von Boluarte und vorgezogene Wahlen forderten. Trotz der Verhängung des Ausnahmezustands, der nächtlichen Ausgangssperre und des Versprechens, die Wahlen auf 2024 vorzuverlegen, haben die Proteste und Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften nicht nachgelassen, und es wurden dabei auch Straßen und Verkehrswege blockiert. Zuletzt wurde die Zahl der Todesopfer, zu denen es infolge der Ausschreitungen gab mit 50 Personen beziffert: 41 bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften und 9 an den Folgen der von den Demonstranten errichteten Straßensperren; der letzte Todesfall wurde erst gestern in Moyobamba verzeichnet.

Am vergangenen Sonntag, den 15. Januar, zelebrierte der Erzbischof Carlos Castillo von Lima in geistlicher Verbundenheit mit allen Kirchen des Landes einen Gottesdienst für alle Leidtragenden, Familienangehörigen, Polizeikräften, Ärzten und den vielen jungen Menschen, die während der Proteste im Land ums Leben gekommen sind und deren Fotos auf dem Altar aufgestellt wurden. "Unsere Kirche ist mit unserem Volk verbunden, denn der Herr hat sie 'Volk Gottes' genannt, sein Volk", betonte Erzbischof Castillo.

Der Erzbischof drückte seine Bestürzung und sein Bedauern über die jüngsten Entwicklungen aus und betonte: "Die Kirche steht vor einer grundlegenden, geistlichen Reflexion. Untersuchungen, politische, wirtschaftliche und soziale Interpretationen, sind anderen Bereichen vorbehalten. Wir gehen nicht nach rechts, links oder in die Mitte, wir gehen in die Tiefe. Das ist unser Auftrag! Alles kann perfektioniert werden, wenn wir den Dingen auf den Grund gehen".

Mit Bezug auf die Worte von Papst Franziskus bei dessen Besuch in Lima am 18. Januar 2018, die er insbesondere an die Jugendlichen gerichtet hatte: "Lasst euch die Hoffnung nicht nehmen" wies der Erzbischof von Lima darauf hin, dass derzeit „verschiedene Ereignisse und Interessen unsere Hoffnung als menschliche Gemeinschaft in Peru zu vereinnahmen, doch wir sind ein Volk, das leidet und glaubt, und das die Mission hat, zu wissen, wie man hofft".

"Manchmal denken wir, dass die Ereignisse in Gottes Abwesenheit geschehen aber heute sind wir hier, um wie Johannes der Täufer darauf hinzuweisen, dass Jesus in dieser peruanischen Tragödie gegenwärtig ist... In unserer Trauer um den Tod der Brüder und Schwestern, die in diesen Tagen auf unterschiedliche Weise gewaltsam ums Leben kamen wurden, sind wir nicht allein, weder sie noch wir, Gott ist da... Jesus ist gegenwärtig in jedem Opfers, und jedes Opfer spiegelt das Antlitz des Gottes der Erniedrigten wider".

Der Erzbischof forderte dazu auf, eine Haltung des Friedens anzunehmen und nach friedlichen Wege zu suchen, um die großen Fragen jeder armen Region des Landes zu lösen, und warnte: "Es ist nicht notwendig, den Staat zu liquidieren, dessen Aufbau so viel gekostet hat... Lasst uns nicht glauben, dass durch die Zerstörung des Staates die Dinge in Ordnung gebracht werden, denn durch die Zerstörung des Staates stürzen wir ins Chaos und in die Hände einer einzigen mächtigen Person, die unser Leben auf Brosamen reduzieren wird."

Schließlich die Aufforderung, "das, was wir aufgebaut haben, zu vervollkommen und das, was schlecht gebaut wurde, zu korrigieren, aber lasst uns das in Ruhe, mit Bewusstsein, in der Reflexion tun... Lasst uns versuchen, uns auf die Bedeutung dieser ungerechten Todesfälle zu konzentrieren, die uns herausfordern, uns zu ändern und zu versuchen, ein brüderliches Land aufzubauen, ein Land von Brüdern, die sich vereinen, einander verstehen und miteinander kooperieren".

(SL) (Fides 17/1/2023)

Sri Lanka: Oberstes Gericht verurteilt Präsident Sirisena

Nach den Anschlägen an Ostern 2019

Colombo (Fides) - Der Oberste Gerichtshof Sri Lankas bestätigt, dass der ehemalige srilankische Präsident Maithripala Sirisena und vier weitere hochrangige Beamte Terroranschläge vom Ostersonntag, 21. April 2019, fahrlässig gehandelt haben, weil sie trotz begründeter nachrichtendienstlicher Warnungen nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen haben, um die Anschläge zu vereiteln, bei denen 279 Menschen getötet wurden.

In einem am heutigen, 13. Januar, veröffentlichten Grundsatzurteil entschied das Gericht, dass Sirisena speziell dafür haftbar zu machen ist, dass er nicht mit allen Mitteln versucht hat, die Anschläge zu verhindern, bei denen es zu Selbstmordattentaten auf Hotels und katholische Kirchen kam, bei denen mehr als 500 Menschen verletzt wurden. Der 71-jährige Sirisena wurde dazu verurteilt, den Familien der Opfer, die die Klage eingereicht hatten, eine Entschädigung von 100 Millionen Rupien (273.000 USD) zu zahlen. Neben ihm wurden auch ehemalige Chefs der srilankischen Polizei, des Geheimdienstes und des Verteidigungsministeriums zur Verantwortung gezogen und zur Zahlung von Entschädigungen an die Angehörigen der Opfer verurteilt.

Es ist das erste Mal, dass ein srilankisches Staatsoberhaupt für das Versäumnis, einen Terroranschlag zu verhindern, zur Rechenschaft gezogen wird. Die katholische Gemeinschaft Sri Lankas hatte von Anfang an die unzureichende Untersuchung der Anschläge durch die Regierung beklagt und die Vereinten Nationen um eine internationale Untersuchung gebeten. Der Erzbischof von Colombo, Kardinal Malcolm Ranjith, forderte die Regierung und die staatlichen Institutionen nachdrücklich auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und "das Land von allen Elementen des Terrors zu befreien". Fast vier Jahre nach den Anschlägen, die Tod und Zerstörung vor allem unter der christlichen Gemeinschaft verursachten, haben sich die Ermittlungen als unzureichend erwiesen. Zudem waren die Empfehlungen der eigens eingesetzten Untersuchungskommission des Präsidenten wurden nicht umgesetzt worden. Bischöfe, Priester und katholische Laien hatten seither Transparenz gefordert und nun den Rechtsweg begrüßt. In den letzten Wochen hatte der Kardinal beklagt, dass "bis heute keine Gerechtigkeit für die Opfer gegeben". Dies zeige, „dass es Menschen gibt, die für das Böse, das sie getan haben, nicht belangt wurden".

"Als katholische Kirche haben wir immer Wahrheit und Gerechtigkeit gefordert und werden dies auch weiterhin tun, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir müssen die Anstifter und die unerklärten Ziele dieser Angriffe verstehen", so der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Sri Lanka, Pfarrer Basil Rohan Fernando aus der Erzdiözese Colombo, gegenüber Fides. „Dies ist ein notwendiger Schritt, während unser Volk unter einer der schlimmsten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte leidet“, fasst er zusammen. „In den letzten Jahren standen wir den Familien der Opfer der Anschläge nahe und wir versuchen immer noch, sie auf ihrem schwierigen Weg der Genesung zu unterstützen".

(PA) (Fides 13/1/2023)

Thailand: International Hmong Center eingeweiht

Laienamt des Katechisten ausschlaggebend für die Verkündigung

Chiang Mai (Fides) - In Chiang Mai, im Norden Thailands, wurde mit dem „International Hmong Center“ ein neues Bildungszentrum für Katecheten aus der ethnischen Gruppe der Hmong eingeweiht. An der Eröffnungsveranstaltung am vergangenen 14. Januar nahmen etwa fünfhundert Hmong aus Vietnam, Laos, China, Thailand und den Vereinigten Staaten teil. Bischof Francis Xavier Vira Arpondratana von Chiang Mai erinnert an die Bedeutung der neuen Bildungseinrichtung als künftiges Pastoral- und Studienzentrum für Menschen aus der Hmong-Gemeinschaft in Thailand und anderen südostasiatischen Ländern.

Drei hauptamtliche Katechisten wohnen derzeit bereits im Zentrum, während andere sie an den Wochenenden in der Seelsorge unterstützen und Dörfer und Gemeinden der ethnischen Gruppe der Hmong in der Region besuchen, die in Thailand etwa 250.000 Mitglieder hat. Bischof Francis Xavier Vira Arpondratana würdigte die Katechetinnen und Katecheten "für die Kraft und die Ausdauer, diese Aufgabe zu erfüllen, in der Überzeugung, dass Gott sie berufen hat. Künftig wird das Volk der Hmong ein weiteres Instrument zur Evangelisierung haben, und Gläubige im Laienamt des Katecheten sind dabei die Protagonisten".

Das Zentrum nimmt auch junge Menschen aus dem Volk der Hmong zu Studien- und Ausbildungszwecken auf: "Sie sind die Zukunft, sie werden mit uns in die Dörfer kommen, um zu erleben, wie Menschen, die eine Lebensweise teilen, den Glauben leben und bezeugen", so die Katechetin Metha Seansrichophan, die das Zentrum leitet.

Die ethnische Gruppe der Hmong zählt weltweit mehr als vier Millionen Menschen, die hauptsächlich in den Bergregionen Südostasiens und Südchinas leben, während etwa 300.000 Hmong in den Vereinigten Staaten ansässig sind und auch in Europa und Ozeanien eine Diaspora-Gemeinschaft bilden.

Die Hmong sind stolz auf ihre Kultur, Tradition und Sprache. Die Verkündigung des Evangeliums unter den Hmong ist relativ neu, da sie die Gemeinschaften im allgemeinen in sehr abgelegenen Gebieten leben. Der amerikanische Missionar Pater Harry Thiel (1930-2006), einer der ersten Redemptoristen, die unter den Hmong-Stämmen in Thailand lebten, erkannte die Schwierigkeit, Priesterberufungen und Berufungen zum gottgeweihten Leben unter diesem Volk zu wecken, da die Familien den jungen Menschen nicht erlaubten, ihr Haus zu verlassen, um zu studieren, und es für die Hmong kulturell schwierig war, einen Glauben zu akzeptieren, der nicht mit ihrer eigenen Kultur und Tradition verbunden war.

Pater Thiel beschloss deshalb, sich auf die Mitarbeit von Katechisten zu konzentrieren: Der Glaube, so Pater Harry, könne in den Hmong-Gemeinschaften dank eines Netzes von Katechisten wachsen, die ihre Familien nicht verlassen, in den Dörfern leben und als Sauerteig des Evangeliums in den Gemeinschaften wirkten. Metha Seansrichophan und ihr Werdegang bestätigen diese Intuition: Metha wollte Missionarin werden und wurde eine enge Mitarbeiterin von Pater Harry. Von Pater Harry stammt auch die Idee, ein Zentrum zu schaffen, in dem die Katecheten ihre Ausbildung absolvieren, in einer Gemeinschaft leben und die Arbeit der Glaubensverkündigung fortsetzen konnten. Die Gemeinschaften der Hmong, die diese Katecheten als Mitglieder ihrer eigenen Gemeinschaft ansahen, hörten ihnen zu und viele Hmong begannen, sich taufen zu lassen.

Das nun eröffnete Bildungshaus wurde mit Spenden aus dem Ausland finanziert, die es der katholischen Kirche in Chiang Mai ermöglichten, ein Grundstück zu kaufen und das darauf Gebäude zu errichten.

Pater Harry Thiel starb 2006, aber sein Vermächtnis bleibt in dieser Gruppe von Katecheten und dieser Evangelisierungsmission. Im Jahr 2006 wurde Pater Chakrit Micaphitak, ein junger Hmong der sich, inspiriert von Pater Thiels Leben, der Kongregation der Redemptoristen anschloss, zum Priester geweiht.

(PA) (Fides 19/1/2022)

Ukraine: Kirchen büßen an Vertrauen ein

Sie stehen unter 14 Institutionen an zehnter Stelle

Kiew (IDEA) – Die Kirchen in der Ukraine haben an Vertrauen in der Bevölkerung verloren. Das geht aus einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) hervor, deren Ergebnis am 13. Januar veröffentlicht wurde. Demnach vertrauten im vergangenen Dezember 44 Prozent der Befragten „der Kirche“, wobei es keine Unterscheidung nach Konfessionen gab. Ein Jahr zuvor waren es noch 51 Prozent. Die Kirchen stehen damit unter 14 Institutionen an zehnter Stelle. Sie sind damit die einzige Institution neben den russischen Medien, die im Vergleich zu 2021 an Vertrauen eingebüßt hat. In der Ukraine bekennen sich rund 70 Prozent der mehr als 41 Millionen Einwohner zum orthodoxen Christentum. Sie gehören allerdings zu zwei verschiedenen Kirchen: der Orthodoxen Kirche der Ukraine oder zur Ukrainisch-Orthodoxen Kirche, die sich im Mai 2022 vom Moskauer Patriarchat der Russischen Orthodoxen Kirche lossagte. Rund zehn Prozent der Bevölkerung sind Mitglieder der griechisch-katholischen Kirche. An der Spitze der Vertrauensskala stehen laut der Umfrage die Streitkräfte mit 96 Prozent (2021: 72 Prozent). Großes Ansehen genießen auch Präsident Wolodymyr Selenskyi und freiwillige Helfer mit jeweils 84 Prozent. Selenskyi konnte gegenüber der Umfrage 2021 um 57 Prozentpunkte zulegen. Relativ wenig Vertrauen haben die Ukrainer in das Parlament (35 Prozent), Gerichte (25 Prozent) und Staatsanwälte (21 Prozent). An letzter Stelle stehen russische Medien (ein Prozent). Befragt wurden fast 1.000 Erwachsene in allen Regionen des Landes – außer den von russischen Truppen besetzten Gebieten.

Ukraine: ÖRK-Generalsekretär verurteilt Angriffe auf Zivilisten

Einschlag einer russischen Rakete in Wohnblock forderte zahlreiche Opfer

Genf/Dnipro (IDEA) – Der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Jerry Pillay (Genf), hat Angriffe auf Zivilisten in der Ukraine verurteilt. „Die jüngsten Angriffe haben dem schrecklichen menschlichen Leid, das der russische Einmarsch in die souveräne Ukraine verursacht hat, 40 weitere zivile Opfer hinzugefügt“, heißt es in einer Stellungnahme Pillays. Er bezog sich dabei auf einen russischen Raketenangriff auf einen Wohnblock in der ostukrainischen Stadt Dnipro am 14. Januar. Nach Angaben der örtlichen Behörden seien aktuell 40 Todesopfer zu beklagen. Weitere 75 seien bei dem Angriff verwundet worden, darunter 14 Kinder. Dutzende Personen würden noch vermisst. Der ÖRK fordert laut Pillay die „Einhaltung der Grundsätze des humanitären Völkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung“. Die Angriffe auf die zivile Infrastruktur, der Krieg sowie die „gewaltsamen Verstöße gegen Recht und Moral“ sollten beendet werden. Pillay ist seit 1. Januar Generalsekretär des Weltkirchenrates. Darin sind 352 anglikanische, orthodoxe und protestantische Kirchen mit über 580 Millionen Mitgliedern zusammengeschlossen.

USA: OD-USA spaltet sich von Open Doors International ab

Open Doors USA heißt nun Global Christian Relief, aber es gibt kaum Hinweise darauf, was zum Bruch geführt hat.

IIRF-D/BF/Tübingen/19.01.23 – Kurz nach dem Tod der Gründers von Open Doors „Bruder Andrew“, hat sich der Nordamerikanische Zweig von Open Doors von der Mutterorganisation Open Doors International getrennt.

Die renommierte christliche Zeitschrift Christianity Today berichtet darüber:

„Open Doors USA begann das Jahr 2023 mit der Ankündigung, sich in Global Christian Relief (GCR) umzuwandeln, wobei der Vorstand, die Mitarbeiter, der Geschäftsführer und die umfangreichen Social-Media-Accounts unter einer neuen Marke beibehalten werden.

Zu diesem Zweck kappte GCR seine langjährigen Verbindungen zu Open Doors International (ODI), der globalen Dachorganisation, die detaillierte Jahresberichte über die verfolgte Kirche erstellt, zwei Dutzend nationale Zweigstellen koordiniert und ein 65 Jahre altes Netzwerk von christlichen Leitern an der Front in 70 Ländern unterhält. Gleichzeitig gründete ODI einen neuen US-amerikanischen Zweig namens Open Doors US, mit einer langjährigen Leiterin von Open Doors UK, Lisa Pearce, als neuer Geschäftsführerin.

Anne van der Bijl, ein niederländischer Evangelikaler, der Christen in aller Welt als Bruder Andrew bekannt ist, gründete Open Doors 1955, um die Aufmerksamkeit auf die verfolgte Kirche zu lenken und sie konkret zu unterstützen, vor allem durch die Verteilung von Bibeln. Er starb letztes Jahr im Alter von 94 Jahren.

Open Doors USA war immer eine separate Organisation, die mit der internationalen Gruppe verbunden war. In ihren US-Steuererklärungen sind die beiden Dienste in finanzieller Hinsicht ungefähr gleich groß: Beide melden für 2019 und 2020 jeweils etwa 30 Millionen Dollar an Spenden. Open Doors International ist mit zwei Dutzend anderen Open Doors-Organisationen in verschiedenen Ländern der Welt verbunden, die über eigene Einnahmen verfügen.

Die jüngste Änderung und Kommunikation war für einige Unterstützer verwirrend. Und die beiden Organisationen scheinen sich nicht einig zu sein, was die Geschehnisse angeht.

In einem Pop-up-Fenster auf der Website von GCR heißt es: "Open Doors USA ist jetzt Global Christian Relief". Das neue Open Doors US hat auf seiner neuen Website eine FAQ, in der es heißt: "Hat Open Doors seinen Namen in den USA geändert? Nein - Open Doors wird in den USA unter der Geschäftsführerin Lisa Pearce weitergeführt, nachdem der frühere Geschäftsführer David Curry gegangen ist.

Curry, der seit 2013 CEO von Open Doors USA war und nun GCR leitet, sagte in einer Erklärung, dass die Leitung von OD USA und ODI ab Juni 2022 "in eine Phase der Diskussion und des Gebets über ihre zukünftige Beziehung eingetreten ist." Die Vorstände beider Organisationen seien übereingekommen, sich voneinander zu trennen.

Curry ging nicht auf die genauen Gründe für die Trennung ein, sagte aber gegenüber CT: "Es war eine gemeinsame Diskussion. Es besteht ein enormer Respekt - Bruder Andrew war mein Mentor und Freund". Er fügte über die Arbeit von Open Doors International für die verfolgte Kirche hinzu: "Niemand macht es besser."

Die internationale Organisation nannte auch keinen Grund für die Trennung. Pearce, der neue Geschäftsführer von Open Doors US, sagte in einer Erklärung gegenüber CT: "Die USA sind eines von 24 Ländern, in denen wir nationale Stützpunkte eingerichtet haben, um Gebet zu mobilisieren und das Bewusstsein und die Unterstützung für die weltweite Arbeit von Open Doors zur Stärkung verfolgter Christen zu erhöhen. Open Doors wird diese Arbeit in den USA für unsere vielen wichtigen Feldprojekte fortsetzen, unter anderem durch die Veröffentlichung der Weltbeobachtungsliste 2023 am 18. Januar."

Pearce wies darauf hin, dass die Arbeit von Open Doors auf Feldteams in 70 Ländern in der Untergrundkirche angewiesen ist, von denen viele selbst verfolgt werden.

"Die Verbindung mit verfolgten Christen ist ein Segen für die breitere Kirche", sagte sie. "Es gibt heute 360 Millionen verfolgte Christen in der Welt, und um ihretwillen hoffen und beten wir, dass jeder Dienst effektive Wege findet, ihnen zu dienen".

Die Befürworter der Religionsfreiheit, die mit Open Doors zusammenarbeiten, wussten nicht, dass eine Änderung bevorstand. OD USA betreibt seit langem Lobbyarbeit in Washington, DC, beim US-Außenministerium und anderen Stellen. Curry wurde im Mai 2022 zum Beauftragten der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) ernannt, kurz bevor die beiden Gremien begannen, über einen Bruch ihrer Beziehungen zu diskutieren.

Curry sagte gegenüber CT, dass es in den USA nur eine kleine Anzahl von Verfechtern der internationalen Religionsfreiheit gebe, so dass er nicht sehe, dass GCR mit Open Doors konkurriere. Er hoffte, dass die Gründung zusätzlicher Organisationen ein zusätzliches Netzwerk von Ressourcen vor Ort für verfolgte Christen schaffen würde und "mehrere Möglichkeiten, die Kirche zu unterstützen, damit sie nicht isoliert ist".

Auf die Frage, inwiefern sich der Auftrag von GCR von der Arbeit von Open Doors unterscheidet, erwähnte er die Anpassung der Organisation an neue Herausforderungen wie die Überwachung von Christen und Gottesdiensten durch die Regierungen mit Hilfe neuer Technologien.

"Wenn man sich Chinas Fähigkeit ansieht, die Zoom-Kirche zu überwachen, die soziale Vernetzung, die Gesichtserkennung ... wir müssen uns mit den klügsten Köpfen da draußen zusammenschließen", sagte er. "Dies wird zu einer technologischen Herausforderung ebenso wie zu einem Zensurproblem".

Und er sagte, er wolle mit seiner Organisation das Engagement der westlichen Kirche für die verfolgte Kirche weltweit ausbauen, da die Not groß sei.

"Wir haben eine Handvoll Dienste - wir brauchen tausend", sagte Curry.

www.christianitytoday.com/news/2023/january/open-doors-usa-split-international-religious-freedom.html

Weltweit: Weltverfolgungsindex von Open Doors 2023

Wo Christen am stärksten verfolgt werden Platz 1: Nordkorea

(Open Doors, AKREF) Der Weltverfolgungsindex ist eine **Rangliste** der 50 Länder, in denen Christen der stärksten Verfolgung und Diskriminierung wegen ihres Glaubens ausgesetzt sind. Open Doors gibt den Weltverfolgungsindex jährlich neu heraus.

Wie sich Verfolgung und Diskriminierung konkret äußern und auswirken lesen Sie täglich unter AKREF.

Unser gemeinsames **Ziel** ist es, Kirchen, Medien, Politik und Gesellschaft auf die Situation der bedrängten Kirche aufmerksam zu machen. Zudem ist der Weltverfolgungsindex ein Aufruf zum Gebet und praktischen Einsatz für die weltweit am stärksten unterdrückten Christen.

Die ersten 10 Länder:

Top Ten 2023 (Rang im Jahr 2022 in Klammern)

1. Nordkorea (2)
2. Somalia (3)
3. Jemen (5)
4. Eritrea (6)
5. Libyen (4)
6. Nigeria (7)
7. Pakistan (8)
8. Iran (9)
9. Afghanistan (1)
10. Sudan (13)



Weltweit: Zum Weltverfolgungsindex – Gewalt gegen Christen auf dem Höchststand

Open Doors: Besonders Christen in Afrika und Südamerika sind betroffen

Kelkheim (IDEA) – Das Ausmaß der weltweiten Christenverfolgung ist weiterhin auf einem Höchststand: Mehr als 360 Millionen Christen sind einem extremen oder hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) in seinem am 18. Januar veröffentlichten Weltverfolgungsindex 2023 (WVI). Dabei führt Nordkorea die Liste der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden, erneut an. Es hatte von 2002 bis 2021 bereits Platz eins belegt und war dann 2022 von Afghanistan abgelöst worden. Afghanistan belegt jetzt Platz neun. Open Doors erklärt dies zum einen mit einer erneuten Verschlechterung der Lage für Christen in Nordkorea aufgrund neuer Gesetze und zum anderen mit einer schlechten Datenlage in Afghanistan. So sei bei den „Säuberungsaktionen“ der Taliban im Berichtszeitraum des WVI 2023 (1. Oktober 2021 bis 30. September 2022) nicht immer deutlich gewesen, ob Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihres Glaubens Gewalt erlebten. Zudem seien viele Christen bereits ins Ausland geflohen oder versteckten sich, was die Zahl der Übergriffe geringer ausfallen lasse. Die Lage der Christen in Afghanistan habe sich nicht verbessert – sie sei schlicht unübersichtlich und wirke sich damit auf die Platzierung auf dem WVI aus. Auf den folgenden Plätzen des Index hat sich 2023 gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert: 2. Somalia (2022: 3), 3. Jemen (5), 4. Eritrea (6), 5. Libyen (4), 6. Nigeria (7), 7. Pakistan (8), 8. Iran (9), 9. Afghanistan (1) und 10. Sudan (13).

Gewalt in der Subsahara-Region gegen Christen stärker geworden

In der Subsahara-Region Afrikas ist die Gewalt gegen Christen erneut stärker geworden und folgt damit einer Entwicklung die seit einigen Jahren anhält. Unter den 50 Ländern des Index befinden sich allein 13 aus diesem Gebiet. In neun von ihnen beurteilt Open Doors die Gewalt gegen Christen als extrem. An der Spitze liegt Nigeria. Im Berichtszeitraum wurden dort 5.014 Christen getötet und 4.726 entführt. Nigerianische Christen seien überproportional von Angriffen auf Dörfer und Ermordungen betroffen. Weiter heißt es: „Die weitaus häufigere Zerstörung von Kirchen gegenüber Moscheen komplettiert das Bild von der gezielten Vertreibung und Auslöschung der christlichen Bevölkerung.“ Laut Open Doors seien es islamistische und andere bewaffnete Gruppen in der Subsahara-Region, die gezielt Dörfer mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung angriffen und ihre Bewohner vertrieben. Nicht selten solidarisierten sich auch ihre muslimischen Nachbarn mit den Angreifern. Die oft schwachen und korrupten Regierungen setzten dieser Entwicklung kein Ende.

Nicaragua erstmals im Weltverfolgungsindex

Auch die Lage der Christen Lateinamerika hat sich im vergangenen Jahr massiv verschlechtert. Erstmals ist Nicaragua (50) im WVI vertreten. Die bereits zuvor vertretenen lateinamerikanischen Länder Kolumbien (22, 2022: 30), Kuba (27, 37) und Mexiko (38, 43) rückten auf dem Index in der Platzierung vor. In Nicaragua habe der zunehmend autokratisch regierende Präsident José Daniel Ortega Saavedra versucht, kritische Stimme mundtot zu machen. Kirchengebäude seien dabei bevorzugtes Ziel von Zerstörung geworden, da die Stimme der Kirchen in der Bevölkerung großen Einfluss habe. Doch auch christliche Fernsehsender und Hochschulen seien geschlossen worden. Die verschlechterte Lage von Christen in Lateinamerika sei aber im Allgemeinen darin begründet, dass „korrupte und unfähige Regierungen kriminellen Gruppen und ethnischen Führern vor allem in ländlichen Regionen Raum gegeben haben, sich zu formieren, zu stärken und zu Verfolgern zu werden“.

China als Vorbild für andere autokratische Staaten

Das kommunistisch regierte China rückt in der WVI-Liste erneut um einen Platz vor (16, 2021: 17). Nach Angaben von Open Doors ist es erneut das Land, in dem weltweit die meisten Kirchen und kirchlichen Einrichtungen zerstört oder geschlossen wurden. Zudem hat das autokratische Regime im März 2022 ein neues Gesetz verabschiedet, das die Veröffentlichung religiöser Inhalte im Internet nur noch mit staatlicher Lizenz erlaubt. Ohne diese droht nun offiziell strafrechtliche Verfolgung. Damit sind die seit der Pandemie verstärkt durchgeführten Onlinegottesdienste oder das Onlinestellen christlicher Lehrmaterialien oft nicht mehr erlaubt. Auch die häufig genutzte Möglichkeit, auf digitalem Wege zu evangelisieren oder Predigten als Sprachnachrichten zu versenden, seien mit dem neuen Gesetz zunehmend mit Risiken verbunden, so Open Doors. Andere autokratisch regierte Regime gingen ähnlich vor. So erlaube Tadschikistan (44) keine Registrierung weiterer Kirchen und verbiete die Teilnahme Minderjähriger an Gottesdiensten. Doch auch Länder wie Russland (61), Sri Lanka (62), Malaysia (43), Myanmar (14), Kasachstan (48) und Turkmenistan (26) ahmten Chinas autoritären Führungsstil nach. In Myanmar etwa habe die Armee der Regierung mehrere Kirchen – darunter eine der größten landesweit – und hunderte Häuser von Christen zerstören lassen, weil sie angeblich die nationale Einheit bedrohten.

Naher Osten: Junge Christen wandern aus

In nahöstlichen Ländern wie Syrien (12), Irak (18), Jordanien (49) und den Palästinensischen Gebieten (57) schrumpft die christliche Bevölkerung weiter. Vor allem in Syrien und dem Irak hätten Christen nach dem Aufkommen des sogenannten Islamischen Staates (IS) und der Verbreitung islamistischen Gedankenguts Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das gelte besonders für junge Christen. Zusammen mit täglicher Schikane im Bildungswesen und bei den Behörden, befördere es ihren Wunsch, auszuwandern. Der überwiegend von Christen bewohnte Nordosten Syriens wird immer wieder von der Türkei (41) angegriffen. Dutzende Kirchen, christliche Friedhöfe, Schulen und andere wichtige Gebäude seien schwer beschädigt worden, heißt es im Bericht.

30 Jahre Weltverfolgungsindex von Open Doors

Der WVI erscheint in diesem Jahr zum 30. Mal. Dazu erklärte der Leiter von Open Doors Deutschland, Markus Rode (Kelkheim bei Frankfurt am Main): „Es ist besonders für die betroffenen Christen wichtig, dass gegen sie begangenes Unrecht dokumentiert wird und sie nicht ungehört bleiben.“ Gleichzeitig erhielten sie Trost durch Gebet und materielle Unterstützung, weil Christen weltweit anhand des Indexes beteten.

Wie die Rangliste entsteht

Die Forschungsabteilung von Open Doors sammelt Daten in fünf Lebensbereichen: Privatleben, Familienleben, gesellschaftliches Leben, Leben im Staat und kirchliches Leben. Hinzu kommt die Kategorie „Gewaltsame Übergriffe“. Das Ausmaß der Übergriffe wird für alle Bereiche in ein Punktesystem übertragen, um die unterschiedlichen Triebkräfte der Verfolgung in diesen Bereichen vergleichen zu können. Die Forschungsabteilung hat insgesamt neun Triebkräfte definiert, die gewaltsame und gewaltlose Verfolgung von Christen beschreiben: Kommunistische Unterdrückung, säkulare Intoleranz, diktatorische Paranoia, organisierte Verbrechen und Korruption, ethnische-religiöse Feindseligkeit, Unterdrückung durch den Clan/Stamm, konfessioneller Protektionismus, religiös motivierter Nationalismus und islamische Unterdrückung.

Wie Open Doors Verfolgung definiert

Open Doors verweist darauf, dass es keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung gebe. Die WVI-Methodik folge „eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition“. Nach diesem Ansatz Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“ Open Doors steht verfolgten Christen seit mehr als 65 Jahren in rund 70 Ländern mit Hilfsprojekten zur Seite und ruft zum Gebet für verfolgte Christen auf.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]